

Nachrichten

EZB-RATSMITGLIED

Korruptionsverdacht: Lettlands Zentralbankchef festgenommen

RIGA – Lettlands Antikorruptionsbehörde KNAB hat den Zentralbankchef des Euro-Landes, Ilmars Rimsevics, vorübergehend festgenommen. Dies teilte das Büro von Regierungschef Maris Kucinskis am Sonntag mit. Ermittler hatten zuvor die Privatwohnung und das Büro von Rimsevics durchsucht. Der 52-Jährige sei mehr als sieben Stunden lang von der KNAB befragt worden. Was Rimsevics vorgeworfen wird, wurde nicht bekannt. Weder sein Anwalt noch die KNAB äußerten sich dazu. „Im Moment haben weder ich noch andere Amtspersonen irgendeinen Grund, in die Arbeit von KNAB einzugreifen“, sagte Kucinskis.

NEUWAGEN

Hohe Nachfrage sorgt für lange Lieferzeiten bei E-Autos

MÜNCHEN – Wer sich derzeit für ein Elektroauto entscheidet, muss sich auf lange Lieferzeiten einstellen. Kunden müssen bis zu einem Jahr auf ein neues Fahrzeug warten, berichtet die „Automobilwoche“. Das gelte sowohl für deutsche Hersteller wie für Importeure. So müssten sich Kunden bis zur Auslieferung eines Hyundai Ioniq Elektro bis zu einem Jahr gedulden. Beim elektrischen Smart würden jetzt bestellte Fahrzeuge erst Ende des Jahres oder Anfang nächsten Jahres ausgeliefert. Wer aktuell einen Elektro-Golf bestelle, müsse bis Oktober ausarren. Am kürzesten müssten Käufer mit zwei bis drei Monaten auf einen BMW i3 warten.

Wo Geld am meisten bringt

Anbieter-Kategorie	Bank	Zinssatz (in %)
Tagesgeld ab 1 Euro		
Commerzbank	0,0150	1,00
ING DiBa	0,0150	0,75
Sparkasse	0,0150	0,50
Ziraat-Bank Berlin	0,0150	0,20
Bank für Sozialleistungen	0,0150	0,10
Berliner Sparkasse	0,0150	0,01

Quellen: VarioBank, 21.02.2018, 10:00 Uhr
Hinweis: Zinssatz für Tagesgeld, nicht für Festgeld.

Festgeld (10000 Euro) 12 Monate		
Commerzbank	0,0150	0,50
Amsterdam Trade Bank	0,0150	0,50
Bank für Sozialleistungen	0,0150	0,20
Crédit Agricole	0,0150	0,10
Bank für Sozialleistungen	0,0150	0,10
PSB Bank Berlin-Brandenburg	0,0150	0,10

Quellen: VarioBank, 21.02.2018, 10:00 Uhr
Hinweis: Zinssatz für Festgeld, nicht für Tagesgeld.

Sparkasse 2 Jahre		
Commerzbank	0,0150	1,10
Amsterdam Trade Bank	0,0150	1,00
Bank für Sozialleistungen	0,0150	1,00
Ziraat-Bank Berlin	0,0150	0,90
Bank für Sozialleistungen	0,0150	0,50
100% Sparkasse	0,0150	0,40

Bankgeld (200 000 Euro) 3 Jahre		
Commerzbank	0,0150	1,30
Bank für Sozialleistungen	0,0150	1,30
Bank für Sozialleistungen	0,0150	1,30
Bank für Sozialleistungen	0,0150	1,30
Bank für Sozialleistungen	0,0150	1,30
Bank für Sozialleistungen	0,0150	1,30

Telefonatarife

Mo.-Fr. Uhrzeit	Ferngespräche Vorwahl	Cent/Min.
0 - 7	01028	0,10
7 - 8	01011	0,52
8 - 10	01078	0,99
10 - 12	01002	0,55
12 - 14	01078	0,99
14 - 18	01002	0,55
18 - 19	01011	0,52
19 - 24	01070	0,52

Mo.-Fr. Uhrzeit	Ortsgespräche Vorwahl	Cent/Min.
0 - 7	01028	0,10
7 - 19	01028	1,26
19 - 24	01052	0,88

Mo.-So.	Festnetz zum Handy	Cent/Min.
0 - 24	01078/01002	1,94/2,05

Mo.-So. Land	Gespr. ins ausl. Festnetz Vorwahl	Cent/Min.
Frankreich	01069	0,84
Griechenland	01078	0,79
GB	01078	0,32
Italien	01078	0,89
Niederlande	01078	0,38
Österreich	01086	1,27
Polen	01069	1,35
Russland	01052	2,88
Schweiz	01069	1,31
Spanien	01078	0,54
Türkei	01078	1,85
USA	01069	0,96

Alle Anbieter mit kostenloser Tarifanfrage. Abschreibung im 60 Sekunden Takt. Tarife gelten inklusive MwSt. Konditionen der Anbieter können sich täglich ändern. Nutzung nur von einem Festnetzanschluss der Dt. Telekom möglich. Stand: 18.02.2018, 12:00 Uhr. Quelle: www.bild.de

Zurück nach Deutschland

Einige Mittelständler ziehen wegen Problemen mit der Qualität und Flexibilität ihre Produktion im Ausland ab

MARTIN SCHEELE

BERLIN – Normalerweise expandieren deutsche Unternehmen nach China. Doch das baden-württembergische Familienunternehmen Electrostar bläst zum Rückzug aus Fernost. Bis 2020 will der Mittelständler aus Reichenbach in der Nähe von Stuttgart seine gesamte Produktion der Wärmeluft-Handtrockner zurück nach Deutschland geholt haben. „Die Kostenvorteile sind in China nicht mehr so groß, die Qualität und die Flexibilität hierzulande sind höher“, sagt Electrostar-Geschäftsführer Roman Gorovoy. „Zudem wollen wir just in time liefern, in China brauchen wir wegen der bis zu achtwöchigen Lieferzeit Lagerpuffer. Zudem gibt es unsere heutigen Trockner in mehr Varianten und kleineren Losgrößen. In dieser Konstellation hat China wenig Sinn.“

Erlebt der Hochlohnstandort Deutschland eine Renaissance? Das sogenannte Reshoring, also die Rückverlagerung von Produktionsstätten, scheint für manche Unternehmen immer interessanter zu werden. Wie eine Untersuchung des Fraunhofer Instituts ISI und der Hochschule Karlsruhe Technik und Wirtschaft unter 1300 Firmen zeigt, haben in den Jahren 2013 bis 2015 rund 500 Betriebe jährlich Teile ihrer Fertigung in die Republik zurückgeholt.

„In dieser Zeit haben nur neun Prozent der Betriebe des deutschen verarbeitenden Gewerbes Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagert – kaum mehr als beim bisherigen Tiefstand von 2012“, sagt Studienautor Steffen Kinkel von der Hochschule. „Derzeit kommt damit auf jeden dritten Verlagerer ein Rückverlagerer von Produktion.“

Standorte durch steigende Löhne unattraktiver

Autozulieferer und Unternehmen aus der Branche der elektrischen Ausrüster sowie das Textilgewerbe sind führend bei der Rückverlagerung, so die Studie. Zur Begründung führten die meisten Unternehmen Probleme bei der Qualität im Ausland sowie mangelnde Flexibilität und Lieferfähigkeit an. „Der Prozess geschieht so heimlich und still wie möglich“, sagt Kinkel. „Viele Unternehmen wollen sich nicht eingestehen, dass sie im Ausland nicht erfolgreich waren.“

Es sind vor allem Unternehmen ab 500 Mitarbeitern aufwärts, die sich heimatverbundener geben. Ein Beispiel dafür ist das Familienunternehmen Block Transformatoren-Elektronik in Verden bei Bremen. Geschäftsführer Wolfgang Reichelt hat mittlerweile fast die ganze einst nach China ausgelagerte Fertigung zurück in die Zentrale geholt. Ein Grund: Die Löhne machen bei den Transformatoren, die den Strom etwa in Lampen und Haushaltsgeräten steuern, nur noch zehn Prozent der Produktionskosten aus – da lohnt Outsourcing nach China kaum noch.

„Früher haben Unternehmen häufiger vor allem aus Kostengründen die Produktion in Billiglohnländer verlagert“, sagt Andreas Eggert, Partner



Der Chef des Handtrockner-Herstellers Electrostar, Roman Gorovoy, will bis 2020 die Produktion zurückholen

beim Beratungsunternehmen Strategy & Deutschland. „Heute gehen die Firmen sehr viel differenzierter vor, der Kostenfaktor ist nur ein Kriterium von vielen.“ Eggert weiß von vielen Unternehmen, bei denen es zum Tagesgeschäft gehört, über die richtige Ausrüstung der Produktionskapazitäten in verschiedenen Ländern zu diskutieren.

Ein Beispiel dafür ist der Blech- und Rohrbearbeiter GAH Alberts aus Herscheid im Sauerland. Das Familienunternehmen in fünfter Generation fertigt unter anderem Beschläge, Tore und Zaunpfosten für den Maschendrahtzaun. Vor einigen Jahren entschied die Geschäftsleitung, Scharniere aus Kostengründen von einem chinesischen Hersteller zu beziehen.

Im vergangenen Jahr fiel dann die Entscheidung für die Rückverlagerung. Das Unternehmen begründete damals den Kurswechsel damit, dass eine Eigenproduktion mit dem Wissen der Mitarbeiter und der Automatisierung vor Ort mindestens genauso wirtschaftlich ist wie in China. Allerdings steckt der Teufel im Detail, wie GAH Alberts feststellen musste. Der Aufbau der Automatisierungstechnik ist komplizierter als gedacht, die Fertigung soll nun in diesem Jahr beginnen. Zudem erklärt ein Firmensprecher, dass bei

Derzeit kommt damit auf jeden dritten Verlagerer ein Rückverlagerer von Produktion

Steffen Kinkel, Fraunhofer Institut

vielen Produkten immer wieder neu geprüft werde, wo diese am besten produziert werden können.

Auch die Digitalisierung wirkt sich auf die Wahl der Produktionsstätte aus. Der Untersuchung zufolge verlagern bei der Digitalisierung „fortgeschrittene“ Betriebe signifikant häufiger Teile ihrer Produktion wieder an den deutschen Standort zurück als Betriebe mit geringer Digitalisierungsnutzung in der Produktion. „Der Einsatz von Digitalisierungstechnologien kann zu einer erhöhten Automatisierung und Produktivität des deutschen Produktionsstandorts führen. Dadurch nimmt die Kapitalintensität zu und der Lohnkostenanteil wird geringer, was Rückverlagerungen begünstigt“, bestätigt Martin Gornig, Experte vom Deutschen Institut für Wirtschaft in Berlin, die Ergebnisse.

Studienautor Kinkel verweist auf einen zweiten Grund. „Der Einsatz von Digitalisierungstechnologien kann zu einer erhöhten Flexibilität und Fähigkeit zur individualisierten Produktion genutzt werden, die eine effiziente Bedienung individueller Kundenwünsche ermöglicht“, sagt Kinkel. Das biete für Firmen den Anreiz, die Produktion in die Nähe ihrer europäischen Kunden zurückzuholen. Unter dem Strich, so Kinkel, könne der intensive Einsatz von Digitalisierungstechnologien signifikant zu attraktiveren Produktionsbedingungen mit erhöhter Wertschöpfung am deutschen Standort beitragen.

Ein Beispiel dafür ist Adidas. Der Sportausrüster hatte eine Serienproduktion von Sportschuhen gestartet, die zum Teil aus dem 3-D-Drucker kommen. Standort ist die sogenannte Speedfactory in Ansbach, mit der der Dax-Konzern schneller neue Produkte auf den Markt bringen und flexibler auf Trends und Kundenwünsche reagieren kann. Bisher vergingen etwa 18 Monate zwischen dem Entwurf eines Schuhs und der Lieferung in die Filialen. Durch die Speedfactory soll sich die Zeitspanne auf wenige Stunden verkürzen. Ein weiterer Teil der Wahrheit ist aber auch: In den bisherigen Billigproduktionsländern steigen die Löhne.

Siemens-Chef verteidigt Jobabbau als „Randnotiz“

Kaer er wartet tiefgreifenden Wandel durch die Digitalisierung

MÜNCHEN – Die Einschnitte im Kraftwerksgeschäft von Siemens sind aus Sicht von Konzernchef Joe Kaer nur ein Vorgeschmack auf die Folgen des tiefgreifenden Wandels der Industrie. „Das, was wir bei uns heute an Strukturveränderungen im fossilen Energieerzeugungsumfeld bewältigen, das wird in fünf bis zehn Jahren im Vergleich zu den Auswirkungen der industriellen Digitalisierung eher als Randnotiz gewertet werden müssen“, sagte Kaer der Deutschen Presse-Agentur. Siemens gehe diese Themen vorausschauender und proaktiver an als viele andere Unternehmen in Deutschland.

Siemens plant in der Kraftwerks- und der Antriebssparte den Abbau von weltweit 6900 Arbeitsplätzen, den Löwenanteil davon in der unter Nachfrageschwäche und Preisdruck leidenden Kraftwerkssparte. Etwa die Hälfte davon betrifft Jobs in Deutschland. Das Unternehmen hatte auch Standortschließungen angekündigt, darunter für das Werk im sächsischen Görlitz mit rund 720 Beschäftigten. Aber auch in Berlin, Offenbach und Erfurt sind nach früheren Angaben Einschnitte geplant.

Als mögliche Lösung ist mittlerweile aber auch mit der Politik ein „Industriekonzept Oberlausitz“ im Gespräch. Demnach wäre etwa vorstellbar, dass das Werk Görlitz eigenständiger wird, dabei aber zunächst unter dem Dach von Siemens verbleibt. In einigen Jahren könnte der Standort in einem Industrieverbund aufgehen, so Kaer.

Auch die starke Konjunktur und der boomende Arbeitsmarkt bieten aus Kaers Sicht gute Voraussetzungen, um die Probleme in der fossilen Energieerzeugung abzufedern: „Über die anderen Standorte wird derzeit mit den Arbeitnehmervertretungen gesprochen, was es da an Möglichkeiten gibt. Aber es wird ohne eine Strukturanpassung nicht gehen, die nicht auch die Fixkosten adressiert.“ dpa



Siemens-Vorstandsvorsitzender Joe Kaer

Abgasermittlungen in den USA belasten auch Daimler

BERLIN – Die US-Ermittlungen zum Abgaskandal belasten nach einem Bericht der „Bild am Sonntag“ auch den Autobauer Daimler. Demnach hätten Daimler-Mitarbeiter bereits vor der VW-Diesellaffäre daran gezweifelt, dass die US-Gesetze bei Straßentests eingehalten werden könnten. Interne Messungen hätten später teils verheerende Ergebnisse gebracht. Demnach überschritten Mercedes-Modelle im Straßenbetrieb die Stickoxidgrenzwerte um mehr als das Zehnfache.

Die Zeitung bezieht sich auf US-Ermittlungsakten, wonach es bei Daimler mehrere Softwarefunktionen gegeben habe, die vermutlich nur entwickelt worden seien, die US-Abgastests auf dem Prüfstand zu bestehen. So sei die Funktion „Bit 15“ so programmiert gewesen, dass die Abgasnachbehandlung nach 26 Kilometern den sauberen Modus verlässt. Zudem habe ein sogenannter Slipguard anhand von Geschwindigkeit oder Beschleunigung erkannt, ob das Fahrzeug auf einem Prüfstand stehe. Daimler-Ingenieure hätten in internen Mails selbst angezweifelt, dass diese Funktionen legal sind.

Ein Konzernsprecher wollte sich auf Anfrage der Zeitung unter Verweis auf die laufende Untersuchung nicht zu Details äußern. Man kooperiere seit mehr als zwei Jahren mit den US-Behörden und Sorge für umfassende Transparenz. Der Sprecher betonte: „Den Behörden sind die Dokumente bekannt, und es ist zu keiner Anklage gekommen.“ dpa

USA erwägen hohe Strafzölle bei Stahl

US-Industrie soll vor Billigimporten geschützt werden. Nicht nur China, auch Deutschland könnte betroffen sein

WASHINGTON – Die USA erwägen zum Schutz ihrer heimischen Wirtschaft hohe Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte. Die könnten zu mindest indirekt auch deutschen Stahlkochen schaden. US-Handelsminister Wilbur Ross hat seine Vorschläge nun US-Präsident Donald Trump vorgelegt, der darüber bis zum 11. April entscheiden möchte. „Die Frage war, ob die nationale Sicherheit beeinträchtigt ist. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass sie das ist“, sagte Ross. Aluminium und Stahl spielen in den USA eine große Rolle für die Rüstungsindustrie.

Ross schlug drei Möglichkeiten vor, um die US-Stahlindustrie gegen Billigimporte zu schützen. Erste Option sei ein genereller Zoll auf Stahleinfuhren aus allen Ländern, der bei mindestens 24 Prozent liegen würde. Zweite Möglichkeit seien gezielte Zölle von mehr als 50 Prozent auf Importe aus zwölf Ländern, darunter China, Russ-

land, Indien und die Türkei als einziges Nato-Land. Deutschland, wo etwa Importe der Salzgitter AG und der Dillinger Hütte seitens der US-Behörden unter Beobachtung standen, wäre hier ausgespart, müsste jedoch wie allen anderen Länder seine Exporte auf dem Niveau von 2017 einfrieren.

Dritte Option wären keine Zölle, aber ein Einfrieren aller Exporte bei 63

Prozent der 2017er-Importe für jedes Land. Die Folgen für den europäischen Stahlmarkt könnten beträchtlich sein, auch wenn die Exporte in Richtung USA eher gering sind.

Denn die geplanten Strafzölle könnten Stahllieferungen aus Fernost umlenken, so die Befürchtung. „Der EU-Stahlmarkt ist der offenste der Welt“, sagte der Präsident der Wirt-



Auch Deutschland exportiert Stahl: Produktion bei der Salzgitter AG

schaftsvereinigung Stahl, Hans Jürgen Kerkhoff, der „Welt am Sonntag“. Protektionistische Maßnahmen seien der falsche Weg. „Gegen unfairen Handel zum Beispiel in Form von Dumping sollten ausschließlich WTO-konforme Handelsschutzinstrumente angewendet werden.“

Der Präsident des Außenhandelsverbands BGA, Holger Bingmann, fürchtet ebenfalls negative Folgen: „Die deutsche Wirtschaft mit ihrer internationalen Ausrichtung würde sicher zu den Leidtragenden gehören, selbst wenn die im Raum stehenden Strafzölle sie nicht direkt betreffen würden.“ Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) sieht keine Grundlage für einseitige US-Importbeschränkungen. Das Problem globaler Stahlüberkapazitäten müsse über die Welthandelsorganisation WTO und das internationale Stahlforum angegangen werden. dpa